

---

**Vorsitz: Griechenland****761. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Donnerstag, 14. Mai 2009

Beginn: 10.10 Uhr

Unterbrechung: 13.10 Uhr

Wiederaufnahme: 15.05 Uhr

Schluss: 16.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin M. Marinaki  
D. Kyvetos3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: OSZE-BÜRO IN TADSCHIKISTAN

Vorsitz, Leiter des OSZE-Büros in Tadschikistan (PC.FR/9/09 OSCE+), Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/342/09), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/335/09), Schweiz (PC.DEL/353/09), Kasachstan (PC.DEL/372/09), Norwegen (PC.DEL/339/09), Russische Föderation (PC.DEL/359/09 OSCE+), Usbekistan, Tadschikistan (PC.DEL/365/09)

Punkt 2 der Tagesordnung: VORTRAG VON GENERALMAJOR KASSYM GAFAROW, ERSTER STELLVERTRETENDER LEITER DES STAATLICHEN NATIONALEN SICHERHEITSKOMITEES TADSCHIKISTANS

Vorsitz, Generalmajor Kassym Gafarow, Direktor des Konfliktverhütungszentrums, Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen

Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Armenien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/343/09), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/337/09), Russische Föderation (PC.DEL/360/09 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/371/09), Usbekistan

Punkt 3 der Tagesordnung:   BERICHT DES LEITERS DER GRUPPE  
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG DER OSZE

Vorsitz, Leiter der Gruppe Terrorismusbekämpfung der OSZE (SEC.GAL/68/09 OSCE+), Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Armenien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/344/09), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/350/09), Aserbaidschan (PC.DEL/368/09 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/361/09 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/369/09)

Punkt 4 der Tagesordnung:   PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a)   *Beschlussentwurf betreffend das OSZE-Büro in Tiflis und die Stationierung von OSZE-Beobachtern im Rahmen der Umsetzung des Sechs-Punkte-Abkommens vom 12. August 2008 (PC.DD/11/09/Rev.1):* Vorsitz (Anhang 1), Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit der Ukraine) (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Georgien (Anhang 5), Schweiz (Anhang 6), Russische Föderation (Anhang 7), Norwegen (Anhang 8), Aserbaidschan (PC.DEL/366/09 OSCE+), Belarus (PC.DEL/363/09 OSCE+), Armenien, Tadschikistan
- (b)   *Die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten von Amerika:* Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Armenien, Aserbaidschan, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/346/09), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/351/09)

- (c) *Fünftehnter Jahrestag des Waffenstillstands in Berg-Karabach*: Vorsitz, Frankreich (auch im Namen der Russische Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika) (PC.DEL/355/09), Tschechische Republik – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro; sowie den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen) (PC.DEL/349/09), Türkei (PC.DEL/358/09), Aserbaidshan (PC.DEL/367/09 OSCE+), Armenien (PC.DEL/364/09 OSCE+)
- (d) *Gipfeltreffen Europäische Union und „Östliche Partnerschaft“ am 7. Mai 2009 in Prag*: Tschechische Republik – Europäische Union (PC.DEL/347/09), Ukraine (PC.DEL/356/09), Belarus, Armenien
- (e) *Die Lage der Roma und Sinti im OSZE-Raum*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/352/09), Tschechische Republik – Europäische Union (PC.DEL/348/09)
- (f) *Medienfreiheit in den Vereinigten Staaten von Amerika*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/357/09/Corr.1), Russische Föderation (PC.DEL/362/09)

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Bestellung des Leiters des OSZE-Büros in Zagreb*: Vorsitz
- (b) *Erklärung der Amtierenden Vorsitzenden vom 11. Mai 2009 anlässlich des fünfzehnten Jahrestags des Waffenstillstands in Berg-Karabach (SEC.PR/192/09)*: Vorsitz
- (c) *Besuch des Sonderbeauftragten der Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Charalampos Christopoulos, vom 12. bis 16. Mai 2009 in der Ukraine*: Vorsitz
- (d) *Informelles Treffen mit der Sonderbeauftragten der Amtierenden Vorsitzenden für die Stärkung der rechtlichen Grundlagen der OSZE, Zinovia (Jenny) Stavridi vom 13. Mai 2009 in Wien*: Vorsitz

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

*Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/72/09 OSCE+)*: Generalsekretär

Punkt 7 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Organisatorische Angelegenheiten betreffend das informelle Ministertreffen am 27. und 28. Juni 2009 in Korfu: Vorsitz*
- (b) *Konferenz über künftige OSZE-Vorsitze am 9. Juni 2009 in Wien: Österreich, Kasachstan*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 28. Mai 2009, 10.00 Uhr im Neuen Saal



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN**

Liebe Kollegen,

in den letzten zwei Tagen hat der Vorbereitungsausschuss den Beschlussentwurf zum OSZE-Büro in Tiflis und zur Stationierung von Beobachtern im Rahmen der Umsetzung des Sechs-Punkte-Abkommens vom 12. August 2008 geprüft, der vom Vorsitz am 8. Mai vorgelegt wurde.

Bedauerlicherweise muss ich heute den Ständigen Rat im Namen des Vorsitzes davon in Kenntnis setzen, dass im Vorbereitungsausschuss kein Konsens über die Verabschiedung des Beschlussentwurfs zustande kam, obwohl dieser Text das Endergebnis eines langen und schwierigen Konsultationsprozesses ist und von der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten als optimale Kompromisslösung akzeptiert wurde. Ich möchte im Namen aller meiner Kollegen in Wien allen Delegationen erneut unseren aufrichtigen Dank aussprechen, die unseren Bemühungen mehrfach ihr Vertrauen und ihre bedingungslose Unterstützung aussprachen und den Vorschlag des Vorsitzes vorbehaltlos befürworteten und das nach wie vor tun. Wie ich bereits in meiner Erklärung im Ständigen Rat vom 2. April sagte, ging der Vorsitz bei den gesamten Konsultationen von der grundlegenden Annahme aus, alle Teilnehmerstaaten stimmten darin überein, dass eine statusneutrale Lösung gefunden werden müsse.

Daher nahm der Vorsitz nach der offiziellen Übermittlung seines Vorschlags am 8. April mit allen Schlüsselparteien wieder intensive informelle Konsultationen auf. Unverändert bewegten sich die verschiedenen Beschlussentwürfe im Rahmen der die von unseren Partnern vorgegebenen „statusneutralen“ Grenzen. In die erste überarbeitete Fassung des Beschlussentwurfs vom 8. Mai nahm der Vorsitz – wie es seiner Verpflichtung als ehrlicher Makler zukommt – alle von den Parteien vorgeschlagenen Abänderungen auf, die die *conditio sine qua non* einer statusneutralen Formulierung erfüllten, und wir ließen bewusst alle Vorschläge beiseite, die eindeutig nicht dieser Anforderung entsprachen. Für alle in den Konsultationsprozess eingebundenen Delegationen kam der Beschlussentwurf vom 8. Mai nicht überraschend; dies wurde auch durch die Tatsache bestätigt, dass alle Delegationen in der Lage waren, ihre Stellungnahmen sehr kurzfristig abzugeben.

Ich möchte die Teilnehmerstaaten auch daran erinnern, dass sich der Vorsitz ganz bewusst für eine Verlängerung der Konsultationen um mehr als vier Monate entschieden hat,

eine Linie, die von unseren Partnern teilweise auch mit Kritik bedacht wurde. In dieser Zeit erarbeitete der Vorsitz gemeinsam mit den Delegationen zahlreiche Entwürfe, legte unzählige Vorschläge vor und führte sowohl in Wien als auch in den Hauptstädten Konsultationen. Wir wollten alle nur möglichen Alternativen erkunden und ausschöpfen, damit das Ergebnis langsam und ohne unnötige Eile reifen könne. Wir verzichteten darauf, strikte Fristen vorzugeben, und gaben damit die von den Schlüsseldelegationen geforderte notwendige Zeit; wir wollten überstürzte Aktionen vermeiden und keinen der Teilnehmerstaaten in ein Dilemma nach dem Motto „entweder-oder“ stürzen. Das wäre für den Vorsitz ein einfacher Ausweg gewesen, doch entschieden wir uns für die größere Herausforderung. Wir versuchten nach besten Kräften, den Schwung sowohl in Wien als auch in den Hauptstädten auszunützen.

Als Vorsitz sind wir davon überzeugt, dass der Entwurf nun alle Stationen durchlaufen hat. Der Beschlussentwurf vom 8. Mai ist in unseren Augen das Ergebnis der letzten Feinabstimmung des ersten Entwurfs, den der Vorsitz am 8. April übermittelte, das Ergebnis eines ganzen Monats intensiver Konsultationen mit den Hauptparteien und der Erforschung ihrer Vorstellungen, Ansichten, Standpunkte und Grenzen. Daher sind wir der Auffassung, dass jede weitere Arbeit an dem Entwurf die Qualität des aktuellen Wortlauts des Beschlussentwurfs beeinträchtigen und auch das Vertrauen, das uns für unsere unablässigen Bemühungen entgegengebracht wurde, unterminieren würde. Jetzt braucht es keine weitere Arbeit am Entwurf mehr, sondern alle Hauptakteure müssen den politischen Willen aufbringen, zu einer Einigung zu kommen – der Wortlaut einer solchen Einigung ist bereits ausformuliert und harret seiner formellen Verabschiedung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dem griechischen Vorsitz war von Anfang an bewusst, dass unsere Bemühungen unter keinem guten Stern standen, umso mehr, als die Mission in Georgien aufgrund der Nichtverlängerung ihres Mandats ab 31. Dezember 2008 bereits in die Phase der technischen Schließung eingetreten war. Von Anfang an machten wir klar, dass wir die Fortsetzung der OSZE-Präsenz nicht um jeden Preis betreiben würden, da wir die grundlegenden OSZE-Prinzipien nicht aufs Spiel setzen wollen. Und wir hielten auch von Anfang an mit aller gebotenen Klarheit fest, dass es hier nicht nur um die Fortsetzung der dringend benötigten OSZE-Präsenz in Georgien geht, sondern um unsere Fähigkeit, Konsens aufzubauen und Vertrauen wiederherzustellen, um unseren seit Langem überfälligen *bona-fide*-Dialog im euroatlantischen Gebiet zu fördern.

Daher haben wir unseren Vorschlag mit gutem Gewissen unterbreitet. Unserer Meinung nach haben wir als Vorsitz unsere Pflicht in Bezug auf die OSZE-Gemeinschaft und das kooperative Sicherheitskonzept, für das die OSZE steht, erfüllt. Was uns jetzt jedoch traurig stimmt, ist die Tatsache, dass es die schuldlosen Zivilisten – denen die Aktivitäten der OSZE so sehr und so lange zugute kamen – sein werden, die letztlich den Preis für die Einstellung der OSZE-Mission in Georgien zahlen werden; wenn es uns nicht gelingt, die OSZE-Präsenz aufrechtzuerhalten, wird dies auch den Bemühungen zur Wiederherstellung der Stabilität in der Region abträglich sein.

Unsere Gedanken gelten auch den Mitarbeitern der OSZE-Mission in Georgien, die in dieser für uns alle äußerst schwierigen Zeit mit höchstem Einsatz und Engagement ihre Arbeit tun. Ich möchte jedem Einzelnen von ihnen den persönlichen Dank der Amtierenden Vorsitzenden für ihre Loyalität gegenüber der Mission und der OSZE aussprechen.

Schließlich ist sich der Vorsitz dessen bewusst, dass die Zeit noch nicht reif für die formelle Verabschiedung des Beschlussentwurfs PC.DD/11/09/Rev.1 vom 8. Mai ist, und hat daher beschlossen, alle Verhandlungen über diesen Beschluss bis auf Weiteres auszusetzen; dieser Beschluss gilt mit sofortiger Wirkung. Gleichzeitig liegt der Beschlussentwurf jederzeit zur Verabschiedung auf dem Tisch, und wir können nur an die wenigen Teilnehmerstaaten appellieren, die sich dem Konsens zu diesem kritischen Zeitpunkt nicht anschließen konnten, den politischen Willen aufzubringen und ihr Vorgehen zu überdenken, um eine sinnvolle und dimensionsübergreifende OSZE-Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten, die heute dringender geboten ist als je zuvor.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Europäische Union bedauert, dass bei der Sitzung des Vorbereitungsausschusses zum Entwurf des griechischen Vorsitzes für einen Beschluss über ein OSZE-Büro in Tiflis und über die Stationierung von OSZE-Beobachtern im Rahmen der Umsetzung des Sechspunkte-Abkommens vom 12. August 2008, der am 8. Mai 2009 übermittelt wurde, kein Konsens erzielt werden konnte. Das war, angesichts des unermüdlichen Einsatzes des Amtierenden Vorsitzes, der monatelangen Konsultationen und der Unterstützung durch eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten – darunter alle EU-Mitgliedsstaaten –, besonders enttäuschend.

Zu wiederholten Malen haben wir die dringende Notwendigkeit eines raschen Beschlusses über die Fortsetzung einer dimensionsübergreifenden OSZE-Präsenz in Georgien betont, die auch eine sinnvolle OSZE-Beobachtungskapazität einschließt, die ungehindert über administrative Grenzen hinweg tätig werden kann, was zu Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen würde.

Wir waren gestern erfreut, feststellen zu können, dass Konsens in Bezug auf die Ausgangsannahme besteht, dass ein statusneutraler Ansatz der einzig mögliche Weg zu einer Lösung ist. In diesem Sinne bekräftigen wir unsere Unterstützung für den Beschlussentwurf des griechischen Vorsitzes, der in der Tat statusneutral ist und unter Berücksichtigung politischer Empfindlichkeiten auf praktische Lösungen abzielt.

Wir zollen der georgischen Delegation für ihr konstruktives Vorgehen in demselben Geist Anerkennung. Wir sind enttäuscht, dass nur ganz wenige Teilnehmerstaaten nicht bereit waren, den Konsens zu dieser Frage mitzutragen, der nicht nur für die Region von Bedeutung ist, sondern auch weitere Auswirkungen auf die europäische Sicherheit hat.

Derzeit scheint der Spielraum für Verhandlungen ausgereizt zu sein. Daher unterstützen wir die Entscheidung des Vorsitzes, die Verhandlungen auszusetzen, und wir legen jenen Teilnehmerstaaten, die sich bisher dem Konsens nicht anschließen konnten, allen voran der Russische Föderation, nahe, den notwendigen politischen Willen aufzubringen und ihren Standpunkt in einem konstruktivem Sinn zu überdenken.

Schließlich bekräftigt die EU ihr festes Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Die Bewerberländer Türkei, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.

---

\* Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gehören nach wie vor dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses an.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Frau Vorsitzende.

Wir zollen dem Vorsitz Anerkennung für seine intensiven Bemühungen der letzten vier Monate um die Sicherstellung einer fortgesetzten OSZE-Präsenz in Georgien, erachten wir diese doch wie andere Delegationen als ausschlaggebend für die Bemühungen zur Wiederherstellung der Stabilität in der Region, zur Förderung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen und als Beitrag zur umfassenderen europäischen Sicherheit. Sie und Ihre Mitarbeiter haben sich unermüdlich um eine für alle Delegationen annehmbare Lösung bemüht, und wir danken Ihnen aufrichtig für Ihren bemerkenswerten Einsatz und Ihre außerordentliche Kreativität.

Die Vereinigten Staaten unterstützen mit Nachdruck den Beschlussentwurf des Vorsitzes vom 8. Mai. Das vorgeschlagene OSZE-Büro in Tiflis könnte Wesentliches für die menschliche, die wirtschaftliche und die politisch-militärische Dimension leisten und die jahrelangen Bemühungen der OSZE um Vertrauensbildung, Ermutigung zum Dialog, Förderung der Achtung der Menschenrechte und Verbesserung der Sicherheit fortführen. In gleicher Weise könnten OSZE-Beobachter durch Beobachtung des Geschehens vor Ort weiterhin eine Schlüsselrolle für den Abbau der Spannungen in der Region und bei der Förderung der Umsetzung der Abkommen vom 12. August und 8. September spielen, insbesondere wenn ihnen freier Zugang zur georgischen Region Südossetien gewährt wird.

Unserer Ansicht nach zielt der in Monaten intensiver Verhandlungen erarbeitete Entwurf des Vorsitzes geschickt darauf ab, die polarisierende Hauptfrage auszuklammern und sich stattdessen auf praktische Maßnahmen zu konzentrieren, die es der OSZE erlauben würden, die Unterstützung für den gemeinsam vereinbarten Genfer Prozess fortzusetzen und weiterhin die Bemühungen um eine Konfliktlösung zu erleichtern. Der Vorschlag ist unserer Ansicht nach sehr um Neutralität in Bezug auf den Status der georgischen Region Südossetien und Abchasien bemüht – womit wir zu Beginn große Schwierigkeiten hatten, da die territoriale Integrität Georgiens für uns vorrangig ist.

Bedauerlicherweise hat uns der Widerstand eines Teilnehmerstaats diese Woche in eine Sackgasse gebracht. Die Russische Föderation hat den vernünftigen Beschlussentwurf des Vorsitzes abgelehnt und stattdessen umfassende Abänderungsvorschläge eingebracht, von denen sie von vornherein wusste, dass sie für die große Mehrheit der OSZE-Teilnehmer-

staaten völlig unannehmbar sind. Mit diesem Schachzug wiederholte Russland sein Vorgehen zu Jahresende, als es den Konsens zum konstruktiven Vorschlag des finnischen Vorsitzes über eine Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Georgien vereitelte, und diese damit zur Einstellung eines Gutteils ihrer Aktivitäten zwang und eine rasche Einstellung der Operationen sowie die Kündigung der Mitarbeiter und den Verkauf aller OSZE-Vermögenswerte verlangte.

Gleichzeitig mit den Verhandlungen über eine OSZE-Präsenz in Georgien richtete Russland in den abtrünnigen Regionen Militärstützpunkte ein und stationierte ihre Grenzbeamten des Inlandsgeheimdienstes an den administrativen Grenzlinien, mit der Begründung, diese Grenzlinien seien nunmehr internationale „Grenzen“. Diese Aktionen stehen im Widerspruch zu Russlands erklärtem Interesse an einer Fortsetzung der OSZE-Präsenz in der Region und lassen Zweifel an Russlands Bekenntnis zur Sicherung des Friedens und der Stabilität auf lange Sicht auf dem Hoheitsgebiet eines OSZE-Partner-Teilnehmerstaats und Nachbarn aufkommen. Sie verstoßen auch gegen Russlands Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 12. August, die russischen Truppen auf Vorkriegsniveau zu reduzieren und auf Standorte vor dem Krieg zurückzuziehen und freien und ungehinderten humanitären Zugang zur georgischen Region Südossetien zu gestatten.

Die Vereinigten Staaten bedauern aufrichtig die Entscheidung der Russischen Föderation, den Vorschlag des Vorsitzes zu vereiteln. Trotz unserer Differenzen mit Russland über die Ursachen und Folgen des Konflikts vom letzten Sommer waren und sind wir nach wie vor bereit, mit Russland und anderen OSZE-Teilnehmerstaaten gemeinsam unsere Bemühungen zur Stabilisierung der Lage in Georgien fortzusetzen. Wir haben einen echten Kompromiss angestrebt, in dem Glauben, dass eine fortgesetzte OSZE-Präsenz in Georgien die Bemühungen der Staatengemeinschaft um den Aufbau von Vertrauen und die Lösung langjähriger Konflikte auf friedlichem Wege erleichtern würde. Wir fordern die Russische Föderation ein letztes Mal auf, ihre Reaktion auf den griechischen Kompromissvorschlag im Geiste der Zusammenarbeit zu überdenken, um zu verhindern, dass die kritische Sicherheitsarchitektur, die wir über Jahre mit großem Einsatz aufgebaut haben, schlechter wird.

Trotz der beklagenswerten Entwicklung dieser Woche stehen die Vereinigten Staaten nach wie vor dazu, eine friedliche Lösung der Konflikte in Georgien anzustreben, und wir werden auch in Zukunft die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen unterstützen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS**

Frau Vorsitzende,

Kanada möchte wie seine Vorredner der griechischen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, insbesondere Botschafterin Marinaki und ihrem Team dafür danken, dass sie mit ihren eindrucksvollen und unablässigen Bemühungen ein faires, ausgewogenes und statusneutrales Kompromisspaket in Form des Beschlussentwurfs PC.DD/11/09/Rev.1 vom 8. Mai 2009 zustande gebracht haben, das eine fortgesetzte OSZE-Präsenz in Georgien sicherstellen sollte. Ihre Arbeit war nichts weniger als hervorragend und die wirksame Fortsetzung der Bemühungen Finnlands vom letzten Herbst in seiner damaligen Rolle als OSZE-Vorsitzer.

Wir sind natürlich sehr enttäuscht, dass – nach fünf Monaten harter Verhandlungen in Wien – aufgrund der Uneinsichtigkeit eines Teilnehmerstaats, der den von fast allen befürworteten statusneutralen Ansatz nicht akzeptieren wollte, keine Einigung zustande kam.

Georgien möchte als Gaststaat eine OSZE-Präsenz auf seinem Hoheitsgebiet und hat die OSZE um Hilfestellung ersucht, da dort nach wie vor realer Bedarf besteht, insbesondere nach dem bewaffneten Konflikt vom vergangenen August. Wir bedauern zutiefst, dass die OSZE daran gehindert wurde, dem Wunsch Georgiens nachzukommen und ihre langjährige Rolle in diesem Land sowie ihre wichtige Aufgabe in Bezug auf die Konfliktverhütung und -lösung fortzuführen.

Kanada wird auch weiterhin unerschütterlich den Kompromissvorschlag des griechischen Vorsitzes vom 8. Mai unterstützen, da er den kleinsten gemeinsamen Nenner für die Erhaltung eines statusneutralen Ansatzes aufgreift, um für eine sinnvolle OSZE-Präsenz in allen vom Krieg betroffenen Regionen Georgiens zu sorgen. Unserer Ansicht nach braucht es angesichts der zunehmenden Spannungen und Ereignisse in Georgien eine stärkere – und nicht schwächere – internationale Präsenz.

Kanadas Standpunkt zu Georgien ist bekannt: Wir stehen unverbrüchlich hinter Georgiens Souveränität und territorialer Integrität innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Die Russische Föderation trägt die Verantwortung für diesen unglücklichen Stillstand in Georgien und für den Abbruch der OSZE-Präsenz in diesem Land. Diese Entwicklung ist

weder ein positives Signal, noch schafft sie das dringend notwendige Vertrauen, das wir zur Bewältigung der Sicherheitsherausforderungen in Europa brauchen. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass Russlands Unnachgiebigkeit Auswirkungen auf den Genfer Prozess und auf unsere KSE-Gespräche sowie auf unsere Erörterungen über die europäische Sicherheitsarchitektur haben wird.

Kanada teilt auch die Einschätzung der Amtierenden Vorsitzenden, dass es bedauerlicherweise die unschuldige Zivilbevölkerung sein wird, die den Preis für die Einstellung der OSZE-Mission in Georgien bezahlen muss, da dies einen Rückschritt in Bezug auf unsere Bemühungen bedeutet, in der Südkaukasusregion Frieden und Stabilität zu schaffen.

Frau Vorsitzende, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal.

Vielen Dank, Merci, Efharisto.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Frau Vorsitzende,

ich danke Ihnen aufrichtig für die Bemühungen, die Sie und Ihr engagiertes Team in die Suche nach einem Konsens über die Fortsetzung der OSZE-Präsenz in Georgien investiert haben. Der griechische OSZE-Vorsitz hat mehrere Alternativvorschläge ausgearbeitet und zahlreiche formelle und informelle Gespräche geführt, dank deren wir mehr als vier Monate lang verhandeln konnten. Der letzte formelle Vorschlag, den Sie am 8. Mai 2009 unterbreiteten und der zweimal im Vorbereitungsausschuss des Ständigen Rates, am 12. und 13. Mai, erörtert wurde, ist das Dokument, dem Georgien als Gastland zugestimmt hat. Es ist auch das Dokument, das die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit von OSZE-Teilnehmerstaaten erhielt.

Zu unserer großen Enttäuschung wurde die schwache Hoffnung, die wir während der Verhandlungen in diesem Jahr gehegt hatten, gestern, am 13. Mai zerstört, als Russland erneut die Vorschläge des OSZE-Vorsitzes für die Fortsetzung der Aktivitäten der OSZE-Mission in Georgien vereitelte.

Frau Vorsitzende,

ehrlich gestanden war dieses Verhalten Russlands leider keine große Überraschung. Dieser OSZE-Teilnehmerstaat zeigt nach wie vor keinerlei Entgegenkommen in Bezug auf die anhaltenden Bemühungen der OSZE-Gemeinschaft oder auf den konstruktiven Ansatz und den vollen Einsatz der georgischen Delegation. Vom ersten Tag der Verhandlungen an stand die Haltung Russlands unter dem Zeichen von Obstruktion, Missachtung und Konfrontation. Und das von einem Land, das sich selbst als „Begründer“ einer „neuen europäischen Sicherheitsarchitektur“ sieht.

Frau Vorsitzende,

der Prozess, der gestern ein so unglückseliges Ende fand, begann im vergangenen Jahr und umfasste einen Komplex formeller und informeller Treffen und Verhandlungen. Am 22. Dezember 2008 verhinderte Russland einen Konsens zum Beschlusentwurf über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Georgien. Sechs Monate später tut Russland Dasselbe wieder. In beiden Fällen wurden sorgfältig auf der Basis von Kompromissen

formulierte Vorschläge des Vorsitzes von Russland ohne nachvollziehbare Begründung abgelehnt. Die einzig rationale Erklärung für Russlands Haltung war in beiden Fällen der Wunsch nach Konfrontation mit der internationalen Gemeinschaft, der Versuch, das internationale Forum zur Rechtfertigung seines unrechtmäßigen Verhaltens und seiner Verstöße gegen das Völkerrecht und zur Vertuschung seiner Nichteinhaltung internationaler und bilateraler Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarn und der Staatengemeinschaft zu missbrauchen. Noch einmal sei darauf hingewiesen, dass diese Aktionen von einem Staat kommen, dessen Präsident sich als „Urheber“ einer neuen Vorstellung der europäischen Sicherheitsarchitektur sieht.

Es ist tatsächlich höchste Zeit, die Glaubwürdigkeit des Staats in Zweifel zu ziehen, der die gesamte OSZE-Gemeinschaft seit Monaten täuscht, uns falsche Hoffnungen gemacht hat, um schließlich das Dokument abzulehnen, das nach Meinung aller und – mit dem entsprechenden politischen Willen – für alle annehmbar gewesen wäre.

Frau Vorsitzende,

wie bereits gesagt, überrascht uns das wiederholte Veto Russlands keineswegs. Wir erinnern uns noch alle daran, wie Russland vor einigen Jahren Veto gegen den äußerst erfolgreichen Grenzbeobachtungseinsatz in Georgien eingelegt hat. Wir alle wissen, wer sich jahrelang einer Aufstockung der Zahl von OSZE-Beobachtern sowie einer Ausweitung ihres Aufgabenbereichs in der Region Zchinwali widersetzt hat. Wir alle wissen, weshalb es der OSZE-Gemeinschaft seit sieben Jahren nicht möglich ist, Ministerratserklärungen zu verabschieden. Wir alle waren Zeugen des russischen Vetos gegen die Entsendung 70 weiterer Militärbeobachter in die Region Zchinwali. Und im Laufe des letzten halben Jahres gab es zwei Vetos gegen die Fortsetzung der Aktivitäten der OSZE in Georgien.

Nach Meinung Georgiens sind diese Aktionen als eindeutige Warnung an die OSZE in Bezug auf ihre Zukunft oder, genaugenommen, die Zukunft des gesamten europäischen Sicherheitsraumes, zu verstehen.

Frau Vorsitzende,

ich glaube, dass diese Entscheidung Russlands Auswirkungen nach sich ziehen wird, die weit über die bloße Präsenz dieser Organisation in meinem Land hinausgehen werden. Mit seinem Veto gegen die OSZE-Präsenz in Georgien ist Russland erneut seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Damit meine ich nicht nur die Abkommen vom 12. August und 8. September, die meine russischen Kollegen für so „wichtig“ halten, sondern auch bilaterale Verpflichtungen, die die russische Führung gegenüber führenden Politikern einiger in diesem Raum anwesender Länder eingegangen ist.

Mit seinem Nein zur OSZE-Präsenz in Georgien und in dessen besetzten Regionen hat Russland erneut gegen die Prinzipien der Transparenz und Rechenschaftspflicht verstoßen. Und genau diese beiden Grundsätze möchten die russischen Entscheidungsträger nicht in den besetzten Regionen Georgiens verwirklicht sehen. Wir müssen die Realität im Auge behalten. Bei dieser monatelangen Übung ging es nicht um den konkreten Wortlaut des Mandats oder den Namen der Mission oder um Zeitmangel. Russland befand sich deshalb im Widerspruch zu uns, weil es keine internationale Aufsicht – wie unbedeutend diese auch sei – über die militärische Aufrüstung haben möchte, die es in der Region Zchinwali betreibt.

Dieses Gebiet, das nur 3.800 km<sup>2</sup> groß ist, wird über drei Militärstützpunkte verfügen! Ein Militärstützpunkt wird in Dschawa sein, einer in Zchinwali und einer in Achalgori in der Region Zchinwali. Wir alle wissen, dass acht Beobachter nicht ausreichen würden, um die Lage vor Ort im Auge zu behalten, doch wir alle waren uns zumindest darin einig, dass es ein guter erster Schritt gewesen wäre. Die russischen Entscheidungsträger wussten die ganze Zeit, dass sie es keinem einzigen internationalen Beobachter gestatten würden, ihre Panzer und ihr schweres Gerät zu sehen, die sie in den besetzten Gebieten Georgiens akkumulieren.

Darüber hinaus gibt es aber noch andere, sogar schwerwiegendere Gründe dafür, dass Russland internationalen Beobachtern keinen Zutritt zur Region Zchinwali gewähren will. Es geht um ethnische Säuberungen. Das Stellvertreterregime hat mit Hilfe der russischen Militärs im August 2008 in diesem Gebiet abscheuliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Sie haben die Regionen von insgesamt 30.000 ethnischen Georgiern gesäubert. Viele internationale Organisationen, unter anderem BDIMR und HKNM, haben in ihren Berichten auf die Gräueltaten in diesen Gebieten und darauf hingewiesen, dass georgische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Was sagt uns das alles über Russland, wenn nicht über seine Unfähigkeit, sich an die Grundsätze Transparenz und Rechenschaftspflicht zu halten und seinen internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden? Lassen Sie uns auch hier nicht vergessen, dass gerade dieser Staat vorschlägt, wir sollten die derzeitige europäische Sicherheitsarchitektur ändern. Ich frage mich, ob irgendeine Sicherheitsarchitektur ohne die Grundsätze Transparenz, internationale Aufsicht und Rechenschaftspflicht funktionieren kann, und ob die Fähigkeit zur Einhaltung der eigenen Verpflichtungen nicht die Grundlage jedweden Sicherheitssystems dieser Welt ist.

Frau Vorsitzende,

ich möchte zum Schluss noch einmal allen Delegationen – zumindest fast allen – für ihre Konstruktivität und ihr Engagement im Verhandlungsprozess danken. Ich möchte auch dem griechischen Vorsitz und den anderen Delegationen für ihre Wertschätzung der Bemühungen und der Flexibilität meiner Delegation im Laufe der Verhandlungen danken.

Ich danke Ihnen.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Frau Vorsitzende,

die schweizerische Delegation nimmt mit grossem Bedauern zur Kenntnis, dass es nicht gelungen ist, einen Konsens zu finden zum Vorschlag der griechischen Präsidentschaft, welcher die Errichtung eines OSZE -Büros in Tiflis sowie die Stationierung von zivilen und militärischen OSZE-Beobachtern beidseits der administrativen Grenze vorsieht. Wir möchten der griechischen Präsidentschaft an dieser Stelle für ihre Anstrengungen in dieser für die OSZE äusserst wichtigen Angelegenheit unseren ausdrücklichen Dank aussprechen.

Frau Vorsitzende,

die Zahl sicherheitsrelevanter Vorfälle an der administrativen Grenze hat während der letzten Monate zugenommen, bei anhaltendem Risiko besonders für die Zivilbevölkerung. Eine OSZE-Präsenz auf beiden Seiten der administrativen Trennlinie erscheint uns unter diesen Umständen wichtiger denn je. Mit dem nunmehr fast unausweichlich gewordenen Abzug der Militärbeobachter der OSZE entfällt ein stabilisierendes Element in einer von zahlreichen Unsicherheiten geprägten Region.

Wegen des mangelnden politischen Willens wird das Potenzial der OSZE im „post-conflict“-Management stark geschmälert. Angesichts der gegenwärtigen Kumulation von Militärpotenzialen in der Region wäre es wichtiger denn je, der OSZE eine bedeutsame Rolle in der Konfliktbewältigung und insbesondere auch in der Frühwarnung zu übertragen, damit ein Wiederaufflammen von Konflikten abgewendet werden kann. Und auch die andauernde humanitäre Notlage zahlreicher Bewohner der Region würde eine Präsenz unserer Organisation erfordern

Wir sind überzeugt, dass der griechische Vorschlag mit seiner statusneutralen Formulierung eine realistische Chance für den nötigen Kompromiss bieten würde, eine Chance, die nunmehr möglicherweise vertan worden ist. Wir hoffen sehr, dass die Glaubwürdigkeit der OSZE und ihrer Werte durch die jetzige Entwicklung nicht allzu grossen Schaden nehmen wird. Ohne zunehmende Kompromissfähigkeit in einer auf striktem Konsens basierenden Organisation ist aber schwer zu sehen, wie die OSZE überhaupt ihre Handlungsfähigkeit bewahren soll.

Besten Dank, Frau Vorsitzende.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

die Russische Föderation bedauert die Entscheidung des Vorsitizes, die Fortsetzung der Konsultationen über die Parameter der OSZE-Feldpräsenz in Georgien und in Süd-ossetien auszusetzen. Die Weigerung, für diese äußerst heikle Frage eine für alle Seiten annehmbare Lösung anzustreben – für die man uns nicht verantwortlich machen kann –, wird damit zwangsläufig zur vollständigen Einstellung der Feldaktivitäten der Organisation nach dem 30. Juni 2009 führen, dem Datum, zu dem das Mandat der OSZE-Militärbeobachter in den an Südossetien angrenzenden Teilen Georgiens endet. Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass dies nicht in unserem Sinne war.

Russland hat sich konsequent immer für die Fortsetzung der OSZE-Aktivitäten auf dem Hoheitsgebiet Georgiens und Südossetiens auch nach Ablauf des Mandats der OSZE-Mission in Georgien am 31. Dezember 2008 ausgesprochen, wobei wir damals bereit waren, einer technischen Verlängerung des Mandats mit Ausnahme der – irrelevant gewordenen – Südossetien und Abchasien betreffenden Komponenten zuzustimmen. Zu unserer großen Enttäuschung wurde das jedoch durch den voreingenommenen und parteiischen Standpunkt einer Reihe von Partnern vereitelt, die nicht nur die legitimen Anliegen Russlands sondern auch der Menschen in Südossetien übergangen, die die Opfer des militärischen Abenteuers der gegenwärtigen georgischen Führung sind.

Als in diesem Jahr die Verhandlungen über einen Mandatsentwurf für die OSZE-Präsenz in Georgien und Südossetien wiederaufgenommen wurden, übernahm Russland sofort eine aktive Rolle. Gemeinsam mit unseren Partnern verabschiedeten wir die Verlängerung des Beschlusses Nr. 861 des Ständigen Rates vom 19. August 2008 über zusätzliche OSZE-Militärbeobachter. Wir nahmen an allen Konsultationsrunden teil, zu denen wir vom griechischen Vorsitz eingeladen wurden, brachten regelmäßig Vorschläge ein und erläuterten den russischen Standpunkt in allen Einzelheiten.

Im Wesentlichen ging es um eine Sache, auf die wir uns einigen mussten, nämlich die Parameter für die Aktivitäten der OSZE in der Region angesichts der neuen politischen und rechtlichen Situation nach den furchtbaren Erschießungen von Zivilisten in Zchinwali und von russischen Friedenstruppen, die Jahre hindurch in dieser extrem unruhigen Region für Stabilität und Sicherheit gesorgt hatten.

Dessen eingedenk und in dem Bemühen, eine für alle annehmbare Lösung zu finden, haben wir den flexibelsten Ansatz vorgeschlagen, der in der Verabschiedung zweier getrennter Beschlüsse durch den Ständigen Rat besteht: einen Beschluss betreffend das OSZE-Büro in Tiflis, das mit dem üblichen Aufgabenpaket ausgestattet werden soll, um der Regierung von Georgien bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der OSZE Hilfestellung zu leisten; und ein zweiter Beschluss über die Beobachtung der Grenze zwischen Georgien und Südossetien auf beiden Seiten.

Natürlich muss der Geltungsbereich von derartigen Beobachtungsaktivitäten, einschließlich des Zuständigkeitsbereichs, sowohl mit Tiflis als auch mit Zchinwali vereinbart werden. Das ist der ausschlaggebende Punkt. Ohne die Zustimmung beider Seiten werden die Beobachter schlicht und einfach nicht in der Lage sein, ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

Darüber hinaus wurde ein Abkommen mit Südossetien nach dem 8. August 2008 umso wichtiger, als damals die OSZE-Beobachter die Bevölkerung Südossetiens ihrem Schicksal überließen und im Kielwasser des georgischen Angriffs aus diesen Gebieten flohen. In Zchinwali ist man verständlicherweise der Auffassung, dass hier die OSZE versagt hat, da sie nichts gegen die Aggression seitens Tiflis unternommen hat.

Wir haben nach wie vor Interesse an der Erhaltung der OSZE-Feldpräsenz, einschließlich der Aktivitäten von Beobachtern in den Grenzregionen zwischen Georgien und Südossetien.

Wie Sie wissen, hat die Russische Föderation Änderungsvorschläge zum griechischen Entwurf übermittelt, die einen konstruktiven Beitrag zu unseren gemeinsamen Bemühungen leisten sollten. Wir halten fest, dass unsere Stellungnahmen unter dem fadenscheinigen Vorwand, sie beträfen die Statusfrage und wären nicht konsensfähig, ignoriert wurden.

Frau Vorsitzende,  
werte Kollegen,

wir verlangen weder die direkte noch indirekte sofortige Anerkennung von Südossetien und Abchasien. Gleichzeitig gehen wir aber auch davon aus, dass uns nicht Formulierungen und Konzepte vorgesetzt werden, die den völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands zuwiderlaufen und uns indirekt dazu zwingen, die territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner alten Grenzen zu bestätigen. Wir sind bereit, auf der Grundlage gegenseitiger Achtung zu arbeiten, und fordern unsere Partner nachdrücklich auf, ein Gleiches zu tun.

Was die Entscheidung des griechischen Vorsitizes anbelangt, möchte ich mich dazu abschließend wie folgt äußern: Die OSZE hat leider erneut bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, eine Lösung für ein komplexes Problem zu finden, das zur Gänze unter ihr Mandat fällt.

Ich möchte Sie bitte, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung des Ständigen Rates beifügen zu lassen.



---

**761. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 761, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Frau Vorsitzende,

ich möchte mich zu Beginn meinen Vorrednern anschließen und dem griechischen Vorsitz unsere Anerkennung für die gewaltigen und ehrlichen Bemühungen aussprechen, mit denen er nach einer Kompromisslösung gesucht hat, die unter vollständiger Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Georgiens eine robuste und sinnvolle OSZE-Präsenz in ganz Georgien sicherstellen soll. Wenn der Vorschlag des Amtierenden Vorsitzes vielleicht nicht ideal war, so stellte er doch einen gangbaren und sehr vernünftigen Kompromiss dar, mit dem wir und die anderen Teilnehmerstaaten leben können sollen, war er doch statusneutral. Norwegen ist sehr enttäuscht darüber, dass sich Russland dem Konsens nicht angeschlossen hat, und wir bedauern diese Situation, da für unsere Organisation nach wie vor in ganz Georgien viel zu tun wäre. Wir verstehen und respektieren die Entscheidung des Vorsitzes voll und ganz, die Bemühungen um eine andere, bislang noch nicht versuchte, Lösung einzustellen, und ich möchte mich Ihrem auch von anderen Rednern unterstützten Appell, Frau Vorsitzende, anschließen, und Russland noch einmal nachdrücklich auffordern, seinen Standpunkt zu überdenken und den Entschlussentwurf des Vorsitzes zu unterstützen.

Frau Vorsitzende,

wie wir bei zahlreichen früheren Gelegenheiten bereits festgestellt haben, besteht eindeutiger Bedarf an einer verstärkten OSZE-Präsenz in der Region. Norwegen möchte zusammen mit der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten eine OSZE-Präsenz in Georgien mit zwei Hauptkomponenten: (a) eine starke Präsenz von Militärbeobachtern, die unter anderem die Einhaltung des Sechs-Punkte-Abkommens von 12. August durch alle Konfliktparteien kontrollieren, zum Abbau der Spannungen und zur Verhütung unseliger Zwischenfälle beitragen und verlässliche und unparteiische Informationen liefern sollen; (b) eine vollständige reguläre Mission, die dem Gastland dabei helfen soll, die weitere positive Entwicklung der georgischen Gesellschaft und Institutionen zu fördern.

Zum Schluss, Frau Vorsitzende, möchte ich mich Ihren Ausführungen und denjenigen einiger meiner Vorredner anschließen, die der georgischen Delegation für ihre flexible und konstruktive Haltung im gesamten Prozess ihre Anerkennung aussprachen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.